



*Gesundheit vor Profit! Der 1. Mai 2017 stand ganz im Zeichen des Abstimmungskampfes gegen die Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur KSW und der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland ipw. Foto: VPOD*

# JAHRESBERICHT 2017

## VPOD ZÜRICH KANTON

Dieser Jahresbericht wird vom Sektionsvorstand nach seiner Sitzung vom 7. März 2018 der Generalversammlung der VPOD Sektion Zürich Kanton am 11. April 2018 zur Abnahme vorgelegt.

## 1. POLITIK

---

### 1.1. SOZIALPARTNERSCHAFT

Der Verband des Personals öffentlicher Dienste VPOD ist die Gewerkschaft im Service public und für den Service public. Wir vertreten die Interessen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten gegenüber ihren Arbeitgebern (Kanton, Gemeinden, Betriebe). Im Kanton Zürich wurde der VPOD seit seinem Austritt aus den Vereinigten Personalverbänden VPV 2005 nicht mehr als **ständiger Verhandlungspartner des Kantons** anerkannt. Nachdem wir jahrelang vergeblich versucht haben, dies auf gütlichem Weg zu erreichen, hat der VPOD **Klage beim Verwaltungsgericht des Kantons Zürich** eingereicht und Ende Januar 2017 den Entscheid erhalten: Das Verwaltungsgericht hielt fest, der VPOD müsse als ständiger Verhandlungspartner des Kantons Zürich anerkannt werden.

Am 15. Februar verschickte der VPOD eine **Medienmitteilung «Verwaltungsgericht bestätigt Klage gegen den Kanton Zürich: Der VPOD kommt zu seinem Recht»**. Laut Andreas Dauru, Präsident des VPOD Zürich Kanton, ist mit dem Entscheid des Verwaltungsgerichtes klar, dass die Stimme der VPOD-Mitglieder mehr Gewicht erhält: «Das ist dies ein Sieg für den VPOD und für jedes einzelne Mitglied.» Seit Frühjahr 2017 wird die Anerkennung auch vollzogen: Der VPOD ist regelmässiger Teilnehmer an den Treffen mit Regierungsrat und Personalamt und kann die Interessen seiner Mitglieder nun direkt vor Ort einbringen und vertreten. Auch mit den Städten Schlieren und Uster läuft der **Sozialdialog** regulär und konstruktiv.

Die VPOD Sektion Zürich Kanton beteiligte sich 2017 mit ausführlichen Stellungnahmen an den **Vernehmlassungen** zu den Schliesstagen 2017/2018 sowie zur Teilrevision des Lohnsystem TP 3, Richtpositionen.

Auch der regelmässige **Sozialdialog mit den Städten Schlieren und Uster** konnte regulär und konstruktiv wahrgenommen werden. In beiden Städten konnten substantielle Verbesserungen für die Angestellten erwirkt werden (5. Ferienwoche u.a.).

**Die monatlichen Informations-Aushänge des VPOD** wurden in den Gebäuden der kantonalen Verwaltung und in den meisten Städten und Gemeinden des Kantons regelmässig ausgehängt.

### 1.2. SPARPAKET UND LEISTUNGSABBAU 2016-2019 (LEISTUNGSÜBERPRÜFUNG LÜ16)

Der VPOD hat sich stark gemacht gegen die zahlreichen Abbaumassnahmen, die in der sogenannten Leistungsüberprüfung 2016 (LÜ16) vorgesehen sind.

- **Am 2. März** haben wir eine **Medienmitteilung** verschickt: **«Die Finanzkommission des Kantonsrates zeigt sich grosszügig: Sparen für alle, Geschenke für wenige»**. Wir haben dagegen protestiert, dass die Finanzkommission des Kantonsrates die «Lex Hirslanden» beerdigt hat. So einig sich die bürgerlichen Parteien waren, auf Kosten des Personals zu sparen und die Mittel für Lohnerhöhungen zusammenzustreichen, so einig waren sie sich bei der Verhinderung einer Gewinnabschöpfung der Luxuskliniken, die sich mit der Behandlung von Privatpatienten auf Kantonskosten bereichern.
- Auch **am 16. Juni** reagierten wir mit einer **Medienmitteilung** auf den Beschluss des Kantonsrates, spezifische Behandlungen nur noch ambulant zuzulassen. Wir hielten fest: «Die Frage ist, wer darüber entscheidet - und wer auf Kosten von wem spart.». Und weiter: «Es ist zu befürchten, dass es nicht das Wohl der PatientInnen ist, das hier den Ausschlag gibt, sondern der Kostendruck respektive die gesetzliche Vorgabe.» Der einzige, der damit Kosten spart, ist der Kanton selber. Während stationäre Behandlungen zu 55 Prozent vom Kanton finanziert werden, gehen ambulante Behandlungen vollumfänglich zulasten der PatientInnen und der Krankenkassen. So werden keine Kosten gespart, sondern sie werden einfach vom Kanton auf die PatientInnen abgewälzt. Der VPOD hat zudem grosse Bedenken, dass die nötigen ambulanten Ressourcen nicht rechtzeitig flächendeckend zur Verfügung stehen und dass diese übers Knie gebrochene, sehr kurzfristige Umsetzung zu einer enormen Mehrbelastung des Personals führt.

- Am **1. September** haben wir mit einer **Medienmitteilung zum KEF 2018-2021 und Budgetentwurf 2018** reagiert: «Abbau ohne Ende?». Darin heisst es: «Dem Kanton Zürich geht es gut, sehr gut sogar. Einmal mehr liegen die Einnahmen weit über dem Budget, während die Ausgaben dahinter zurückbleiben. Einmal mehr zeigt sich: Die jährlich stattfindende Schwarzmalerei taugt nur für Sparübungen, aber nicht für die Realität. Nachdem der Kanton Zürich schon letztes Jahr einen Gewinn von 390 Millionen Franken verbuchen konnte, wird er auch 2017 dank absehbaren Rekordsteuereinnahmen mit einem grossen, schwarzen Plus abschliessen. Und auch für 2018 budgetiert – wie immer übervorsichtig - er einen Gewinn von 76 Millionen Franken. Den Preis für diesen Erfolg bezahlt unter anderem das Personal des Kantons Zürich und seiner selbständigen, öffentlich-rechtlichen Anstalten. Seit Jahren herrscht hier Lohnstopp, ja der Kanton saniert sich sogar auf Kosten der Angestellten. Während die Angestellten wegen der erhöhten Lohnabzüge für die Pensionskasse oft sogar einen happigen Reallohnverlust tragen müssen, bedient sich der Kanton aus dem Lohnbudget und löst zusätzlich seine BVK-Rückstellungen zugunsten des Budgets auf. Insgesamt hat der Kanton Zürich so seit 2010 dem Personal 436 Millionen Franken abgezwickelt. Es ist Zeit, dass endlich auch das Personal etwas davon sieht, zum Beispiel mit der längst fälligen fünften Ferienwoche und einer Lohnentwicklung, die den seit Jahren wachsenden Rückstand gegenüber der Privatwirtschaft wieder aufholt. Der Nachholbedarf ist gross – und die Mittel dazu sind vorhanden. Es ist einzig eine Frage des politischen (Un-)Willens, dass die Rechnung weiterhin auf Kosten des Personals ausgeglichen werden soll. Der Verband des Personals öffentlicher Dienste VPOD fordert im Budget 2018 eine deutliche Korrektur und Massnahmen zugunsten des Personals.»
- Am 31. Oktober haben wir dann die Forderungen präsentiert, die sich aus unserer Lohnumfrage ergaben (siehe unter 1.4)

### 1.3. TAG DER ARBEIT – 1. MAI

Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich GBKZ stellte den 1. Mai 2017 unter das Motto «Gesundheit vor Profit!» und damit in den Kontext der anstehenden Abstimmung über die Privatisierung des



Am 1. Mai stellte sich der ganze Gewerkschaftsbund hinter den VPOD und unsere Kampagne gegen die Spitalprivatisierung. Bild: VPOD

Kantonsspitals Winterthur KSW und der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland ipw. Die VPOD-Sektion Zürich Kanton beteiligte sich aktiv an den Kundgebungen in Affoltern a.A., Bülach, Dietikon, Langnau, Meilen, Uster, Winterthur und Zürich und stellte an vielen Orten die RednerInnen gegen die Spitalprivatisierung. In Zürich organisierte der VPOD dazu auch Veranstaltungen (Maivorfeier für Pensionierte, Veranstaltung auf dem Kasernenareal). Andi Dauru, Präsident der VPOD-Sektion Zürich Kanton, trat an mehreren Anlässen als Redner auf.

## 1.4. PERSONALPOLITIK

### a) Lohnentwicklung

- **Kantonaler Lohnklauf 436 Mio. Franken:** Das ist der Betrag, welcher der Kanton Zürich von 2010 bis 2016 als eigene Budgetentlastung auf Kosten der Angestellten eingespart hat. Dies ergibt eine Untersuchung der Lohnentwicklung, die der VPOD gemacht hat. Der Betrag setzte sich zusammen aus den jährlichen Rotationsgewinnen, die nicht für Lohnerhöhungen zur Verfügung gestellt wurden, und der Auflösung von BVK-Rückstellungen, die über die Sanierungsmassnahmen auch den Arbeitnehmenden gekommen wären.

Würde nun dieser Betrag von 436 Millionen Franken für das kommende Budgetjahr 2018 in eine generelle Lohnerhöhung für das kantonale Personal bis und mit Lohnklasse 20 umgewandelt, käme dies einer 8%igen Lohnerhöhung gleich! Andreas Daurù, Präsident der VPOD Sektion Zürich Kanton sagt: «Diese Zahl soll einmal klar und deutlich aufzeigen, wie viel die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Kantons Zürich zu den jeweiligen Sparrunden der letzten Jahre beigetragen haben.» Und er hält fest: «Es würde dem Kantons- und Regierungsrat gut anstehen, für das kommende Jahr 2018 sein Personal nicht erneut mit netten und dankenden Worten zu verträsten, sondern endlich Taten sehen zu lassen: Mehr Lohn und mehr Ferien sind gefordert und dafür werden wir uns von Seiten VPOD einsetzen!»

- **Lohnumfrage 2017: Der VPOD fordert Taten statt Worte!** Ende August 2017 hat der VPOD bei den Angestellten des Kantons Zürich und seiner selbständigen, öffentlich-rechtlichen Betriebe eine Lohnumfrage lanciert, um die Temperatur und den Druck zu messen. In einem Monat haben mehr als 3200 Personen an der Umfrage teilgenommen. Erfreulich ist, dass die Antworten aus allen Bereichen kamen. Sie ergaben so ein gutes Bild über den ganzen Kanton hinweg. 57% der Teilnehmenden waren Frauen, 43% Männer. Auch bei Dienstalter und Anstellungsverhältnissen (Lohnklassen, Stellenprozente) sind alle Angestelltengruppen vertreten.

Im Laufe ihrer Anstellung haben 32% der Teilnehmenden noch nie eine Lohnerhöhung erhalten. Ein Viertel (24%) kam in den Genuss einer einzigen Lohnerhöhung. Noch düsterer sieht das Bild aus, wenn man nur die Lohnerhöhungen berücksichtigt, die seit der Abschaffung des automatischen Stufenanstiegs per 1.1.2010 gegeben wurden. 40% der Teilnehmenden hat seit dann nie eine Lohnerhöhung erhalten und weitere 34% ein einziges Mal, 17% zweimal. Im Verlauf dieser acht Jahre haben also 90% der Teilnehmenden kaum eine Lohnentwicklung erfahren.

Eindeutig ist die Aussage, mit welcher Begründung eine Lohnerhöhung verweigert wurde: 76% geben an, als Grund sei ihnen gesagt worden, dass es kein Geld dafür gebe. Auch bei den Einmalzulagen sind die Aussagen eindeutig: Mehr als die Hälfte (55%) der Teilnehmenden geben an, noch nie eine Einmalzulage erhalten zu haben. Und selbst die Einmalzulagen, die verteilt wurden, sind mickrig: 40% haben eine Einmalzulage unter 500 Franken erhalten.

Entsprechend eindeutig ist denn auch die Aussage zur Zufriedenheit mit der Lohnentwicklung. 28% der Teilnehmenden sind mit der Lohnentwicklung sehr unzufrieden, 29% sind unzufrieden, weitere 22% eher unzufrieden. Auf der Seite der mehr oder weniger Zufriedenen bleibt also weniger als ein Viertel – gegenüber drei Viertel, die mit ihrer Lohnentwicklung unzufrieden sind.

Die Frage, was den Teilnehmenden wie wichtig ist, ergab ein klares Bild: An erster Stelle steht die Lohnfairness, also die Forderung, einen fairen Lohn zu erhalten für die geleistete Arbeit. Auf den nächsten Plätzen folgen Forderungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Sozialversicherung (Pensionskasse) und der Forderung nach mehr Ferien.

Gestützt auf die Lohnuntersuchung und die Lohnumfrage 2017 fordert der VPOD den Regierungsrat auf

- den Angestellten des Kantons und der selbständigen, öffentlich-rechtlichen Betriebe den vollen Teuerungsausgleich zu gewähren (gemäss UBS-Studie 0,5% für 2017 und 0,6% für 2018)

- in den nächsten drei Jahren die ausgewiesene Lücke zu schliessen, die sich in der Lohnentwicklung während der letzten Jahre gegenüber den von ihm selbst festgelegten Vergleichsgrössen ergeben hat. Als erste Massnahme fordern wir per 1.1.2018
    - eine generelle Lohnerhöhung von 2% für alle Beschäftigten mit einem Vollzeit-Einkommen bis Fr. 100'000 pro Jahr
    - Eine generelle Lohnerhöhung von 1% für alle Beschäftigten mit einem Vollzeit-Einkommen über Fr. 100'000 pro Jahr
  - bei allfälligen individuellen Lohnerhöhungen die tieferen Einkommen besonders zu berücksichtigen
  - die trotz höheren Lohnabzügen für die Pensionskasse BVK gesunkenen Rentenansprüche zu kompensieren und die in den letzten Jahren aufgelösten BVK-Rückstellungen von 303 Millionen Franken für einen Ausgleich der Minderverzinsung der Sparkapitalien zu verwenden.
  - allen dem kantonalen Personalrecht unterstellten Beschäftigten per 2018 zusätzliche Ferientage zu gewähren, um damit den Standard in der Privatwirtschaft zu erreichen (mind. fünf Wochen Ferien)
- **Regierungsrat will vollen Teuerungsausgleich verweigern:** Entgegen aller Unzufriedenheit des Personals und allen Forderungen des VPOD beantragt der Regierungsrat, dem Personal den vollen Teuerungsausgleich. Am 11. November kommentierte der VPOD den Antrag des Regierungsrates: «Der Regierungsrat hat heute mitgeteilt, dass er einen Teuerungsausgleich von 0,5 Prozent beantrage. 'Unter Berücksichtigung der angespannten Finanzlage' erfolge nur ein teilweiser Ausgleich. Die Teuerung belief sich per Ende September auf 0,7 Prozent. Erneut soll das Personal also mit einem Reallohnverlust das Budget des Kantons aufbessern! Dies ist umso stossender, als

der Regierungsrat gleichzeitig festhält, dass der Jahresabschluss 2017 einmal mehr viel positiver ausfallen wird als budgetiert. Er rechnet selber mit einem Ertragsüberschuss von 82 Millionen Franken. Die Mittel für einen vollen Teuerungsausgleich wären also vorhanden. Es fehlt nicht am Geld, sondern am Willen!»

Logo: V P V  
Vereinigte Personalverbände des Kantons Zürich

Logo: vpod zürich  
Verband des Personals öffentlicher Dienste Region Zürich

11. Dezember 2017

**Wir appellieren an die Mitglieder des Kantonsrates!**

Jetzt reicht's!

Seit Jahren fallen die Löhne der Angestellten des Kantons Zürich und seiner selbständigen Betriebe immer weiter zurück. Ausserdem muss sich das kantonale Personal mit einer Woche weniger Ferien begnügen als in vergleichbarem Unternehmen.

Man soll den Kantonsrat auf Antrag der Regierung nicht einmal den vollen Teuerungsausgleich gewähren. Selbst individuelle Lohnschätzungen mit der Einzelzulage werden immer wieder in Frage gestellt. Eine Lohnanfrage des VPOD belegt die grosse Unzufriedenheit des kantonalen Personals. Deshalb gehen wir heute auf die Strasse!

Wir bitten Sie, liebe Mitglieder des Zürcher Kantonsrates, um Ihre Unterstützung für das Personal. Sie haben in den vergangenen Jahren auf Kosten des Personal Eigenkapital angehäuft und Schulden abgebaut. Es wird Zeit, dass Sie wieder einmal am Personal danken!

Wir fordern den vollen Teuerungsausgleich und faire Löhne!

**Erwähnen Sie:**

- + den vollen Teuerungsausgleich von 0,7 Prozent.

**Sorgen Sie:**

- + für eine generelle Lohnerhöhung von 2 Prozent für alle Beschäftigten mit einem Vollzeit-Einkommen bis CHF 100'000 pro Jahr,
- + und für eine generelle Lohnerhöhung von 1 Prozent für alle Beschäftigten mit einem Vollzeit-Einkommen über CHF 100'000.

**Unterstützen Sie:**

- + den KET-Antrag für eine zusätzliche Ferienwoche für das Personal.

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung  
VPOD und VPV

Am 11. Dezember 2017 nahmen über 300 Angestellte des Kantons und seiner Betriebe an einer Kundgebung für faire Löhne und den vollen Teuerungsausgleich teil.

- **Kundgebung für den vollen Teuerungsausgleich und faire Löhne:** Am 11. Dezember demonstrieren über 300 Angestellte des Kantons für den vollen Teuerungsausgleich und faire Löhne, nachdem die Lohnumfrage 2017 des VPOD aufgezeigt hatte, wie gross die Unzufriedenheit beim kantonalen Personal ist. Ständige Nullrunden bei der Lohnentwicklung, immer noch nur vier Wochen Ferien, immer höhere Abzüge bei der Pensionskasse bei immer schlechteren Leistungen... Und dann beantragte der Regierungsrat sogar noch, die Teuerung von 0,7 Prozent nur mit 0,5 Prozent Teuerungsausgleich aufzufangen. Aber es kam für das Personal sogar noch schlimmer.

- **Einmal mehr: Ohrfeigen statt Wertschätzung.** Am 19. Dezember nahm der VPOD dann Stellung zur Verabschiedung des Budgets: «Schwarze

Zahlen im Rechnungsabschluss, aber anhaltendes Gejammer über die Finanzlage sowie Sparbeschlüsse auf Kosten der Angestellten, so könnte die Budgetdebatte zusammenfasst werden.»

Einmal mehr werden mit dem heute beschlossenen Budget 2018 die Angestellten zur Kasse gebeten:

- Der Antrag von links-grün auf Erhöhung der Löhne um 1% bis und mit Lohnklasse 20 (50 Mio.) wurde von der bürgerlichen Mehrheit mit 112:62 Stimmen abgeschmettert. SP, Grüne, EVP und AL setzten sich vergeblich für den Antrag ein.
- Auf Antrag der FDP wurde die für Lohnmassnahmen zur Verfügung stehende Summe nochmals um 0,2% (15 Mio.) gekürzt. Dieser Kürzungsantrag wurde von FDP, SVP, CVP und GLP unterstützt und mit 100:71 Stimmen angenommen.
- Der KEF-Antrag für eine 5. Ferienwoche für alle kantonalen Angestellten wurde mit 109:66 Stimmen abgelehnt. Nur SP, Grüne, AL, EVP und BDP setzten sich für die längst fällige Anpassung der Ferienregelung ein, die bürgerliche Mehrheit hingegen sagte einmal mehr Nein.

Unter dem Strich blieb für das Personal eine Lohneinbusse, also ein rotes Minus. Aber der Kanton präsentiert ein dickes, schwarzes Plus von 129 Mio. Franken. Er sanierte sein Budget auf Kosten der Angestellten. **«Anscheinend hat die bürgerliche Seite immer noch nicht erkannt, dass qualitativ hochstehende Verwaltungen, Spitäler, Schulen und ein funktionierender Rechtsstaat nicht einfach vom Himmel fallen, sondern gutes und motiviertes Personal bedingen!»** sagt Andreas Daurù, Präsident der VPOD Sektion Zürich Kanton.

**Einmal mehr wurde zum Jahresende offensichtlich: Es fehlt in diesem Kanton nicht am Geld, sondern am guten Willen!** Für alles und jedes findet die Mehrheit von SVP, FDP, CVP sowie GLP Gehör und spricht Geld, nur das Personal geht leer aus. Das ist eine Ohrfeige für alle Angestellten des Kantons und seiner Betriebe. Folgerichtig haben AL, SP und Grüne dieses Budget abgelehnt.

## **b) Lohndiskriminierung / Lohngleichheit**

Ende Oktober behandelte die Schlichtungsbehörde nach Gleichstellungsgesetz die Klage für die Berufsschullehrpersonen im Zentrum für Ausbildungen für das Gesundheitswesen des Kantons Zürich (ZAG), mit der der VPOD Lohnnachzahlungen für die Mitglieder im ZAG erwirken will. Es konnte – wie erwartet – keine Einigung mit dem Kanton gefunden werden. Aber der VPOD hat nun die Bewilligung für den direkten Gang ans Verwaltungsgericht. Die Eingabe ist in Vorbereitung.

Auch für andere Funktionen und Bereichen beschäftigte sich der VPOD im Berichtsjahr mit Fragen der korrekten Lohneinreihung, insbesondere bei Sozial- und Gesundheitsberufen wie auch beim Gefängnispersonal.

## **c) Freitage (Ferien)**

Während fast überall 5 Wochen Ferien als Minimum gelten, sind es beim Kanton weiterhin nur vier Wochen. Zwei bis drei zusätzlichen Freitage über Weihnachten wurden dem kantonalen Personal aber auch dieses Jahr wieder gewährt. Bei Kanton, Gemeinden und Betrieben bringen wir weiterhin die Forderung ein, eine zusätzliche Ferienwoche vertraglich zu verankern und diese (allenfalls in Teilschritten) einzuführen. Dass dies möglich ist, bewies dieses Jahr die Stadt Uster: Die Mitarbeitenden erhalten per 1.1.2018 eine fünfte Ferienwoche und auch in Winterthur und Schlieren konnte das Thema so eingebracht werden, dass anfangs 2018 ein positiver Entscheid fiel. Unser ständiges Insistieren hat inzwischen dazu geführt, dass sowohl bei den kantonalen Spitälern (USZ, KSW, PUK, ipw) die Forderung ganz oben steht und selbst Regierungsrat/Finanzdirektor Ernst Stocker Aussagen macht, man müsse das wohl bedenken.

## **d) BVK**

**Erfolgreiche BVK-Wahlen:** Die Amtszeit des BVK-Stiftungsrats lief Mitte 2017 ab. Vom 2. bis 31. Mai 2017 fanden deshalb Stiftungsratswahlen statt. Nach den vielen skandalösen Beschlüssen des alten BVK-



*Starke Stimmen für die BVK. Die Kandidatur von VPOD und Gleichgesinnten hat viel bewegt – und drei Sitze im neuen Stiftungsrat gebracht.*

Stiftungsrates beschloss der VPOD, mit einer vollen Liste von neun KandidatInnen («Starke Stimmen in die BVK») gegen die Bisherigen anzutreten.

Der Wahlkampf wurde zwischen den Personalverbänden mit harten Bandagen geführt. Der VPOD ging als Sieger aus dem Wahlkampf hervor und ist hoch erfreut über das starke Abschneiden der Kandidatinnen und Kandidaten der Liste «Starke Stimmen in die BVK». Drei der neun Kandidierenden wurden gewählt: Irene Willi (Wahlkreis I: Schulen), Stefan Giger (Wahlkreis III: Gesundheitsinstitutionen) und Calista Fischer (Wahlkreis IV: Bildungsinstitutionen). Damit wurde das Ziel von mindestens zwei Sitzen

übertraffen und die ArbeitnehmerInnenvertretung deutlich gestärkt. Mit der Wahl von Irene Willi und Calista Fischer wurde zudem auch die Frauenvertretung im Stiftungsrat deutlich erhöht.

## 1.5. GESUNDHEITSBEREICH

### a) Allgemein

Der Vorstand der VPOD-Sektion Zürich Kanton befasste sich im Verlaufe des Jahres immer wieder intensiv mit dem Gesundheitsbereich und einzelnen Betrieben. Im Vordergrund stand die Abstimmungskampagne gegen die Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur KSW und der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland ipw.

Die VPOD-Sektion Zürich Kanton ist auch in der Region zuständig für das Gesundheitswesen. VPOD-Sekretär Roland Brunner nimmt deshalb an den Sitzungen der nationalen **Verbandskommission Gesundheit (VKG)** teil.

### b) Abstimmungskampagne 2x Nein zur Spitalprivatisierung

Der VPOD hat sich bereits Ende 2016 aktiv und engagiert an der Gründung eines Abstimmungskomitees gegen die Privatisierung von KSW und ipw beteiligt und hat dieses finanziell massgeblich mitgetragen. Auch die VPOD Region und der Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich nahmen das Thema auf Antrag unserer Sektion hin als Schwerpunkt auf und beteiligten sich im Hinblick auf die Abstimmung vom 21. Mai 2017 hin finanziell und aktiv an der Kampagne.

- Mit einer **Medienkonferenz des Abstimmungskomitees am 28. März** eröffneten wir den Abstimmungskampf und legten die Gründe für ein 2x Nein dar: «Das KSW und die ipw sind heute gut aufgestellt und haben genug Flexibilität, um im sogenannten Spitalmarkt – ein Pseudomarkt, notabene – bestehen zu können», führte Andreas Daurù aus. Eine Privatisierung würde die stationäre medizinische Grundversorgung der ganzen Region mit über 200'000 Einwohnerinnen und Einwohnern gefährden und einem teuren Wettrüsten der Spitäler Tür und Tor öffnen, so Daurù weiter. Die Bedeutung der beiden Spitäler für die medizinische Grundversorgung strich auch Kathy Steiner, Kantonsrätin der Grünen, heraus: «Für die flächendeckende Versorgung des Kantonsgebiets sind KSW und ipw unverzichtbar.» Damit seien sie «too big to fail» für den Kanton Zürich.

Roland Brunner, Regionalsekretär des VPOD, wies darauf hin, dass für eine gute Pflege auch gute Anstellungsbedingungen für das Spitalpersonal nötig seien. Im Falle einer Privatisierung drohe hier jedoch eine Verschlechterung. «Der kollektive Schutz durch das kantonale Personalgesetz würde wegfallen», so Brunner. Der Kantonsrat habe es verpasst, mit einer GAV-Pflicht hier eine Ausgleichsmassnahme zu treffen. Die Folge: Löhne und Anstellungsbedingungen kämen weiter unter Druck. Anstatt weiter zu privatisieren und «Zahlen über Menschen, Rendite über Gesundheit» zu stellen, müsse man «dem Personal ermöglichen, im Interesse einer guten Pflege eine gute Arbeit zu leisten - und dies zu fairen Bedingungen», so Brunner weiter.

Kritik an der Privatisierungs-Politik äusserte auch VPOD-Mitglied, AL-Kantonsrat und GBKZ-Präsident Markus Bischoff. Der Gesundheitsbereich sei einer der am stärksten wachsenden Wirtschaftssektoren in der Schweiz – und damit ein finanziell natürlich sehr interessanter Bereich. Die Privatisierung von KSW und ipw seien deshalb nur der Startschuss für weitere Privatisierungsbestrebungen. Dabei sei es naiv zu glauben, dass man über das Spitalfinanzierungsgesetz und

die Spitalliste das Gesundheitswesen steuern und verhindern könne, dass Allgemeinversicherte an den Rand gedrängt würden. «Wer Marktmacht hat, wird auch seine ökonomischen Interessen durchsetzen können», so Bischoff. «Grundversicherte werden als wirtschaftlich uninteressante Gruppe die Verlierer dieser Privatisierungen sein.» Dem gelte es mit aller Kraft entgegenzutreten. Darum stellt der Gewerkschaftsbund auch den 1. Mai 2017 unter das Motto «Gesundheit statt Profit».

Maria Sorgo, VPOD-Mitglied und Winterthurer SP-Gemeinderätin, verwies auf die immense Bedeutung der beiden Spitäler für Stadt und Region Winterthur: «Beide Institutionen sind für die Grundversorgung der Winterthurerinnen und Winterthurer von zentraler Bedeutung. Sollte das geplante Experiment nicht funktionieren, leidet Winterthur zuerst und in besonderem Ausmass.» Wie breit die Ablehnung der Spitalprivatisierungen in Winterthur ist,

zeigt das lokale Komitee. Neben SP, AL und Grünen haben auch bereits die Winterthurer GLP und CVP die NEIN-Parole beschlossen. Und auch aus Kreisen des Gesundheitsfachpersonals komme immer deutlichere Kritik. «Sie sehen die Versorgungsqualität ihrer Patientinnen und Patienten in Gefahr», so Sorgo.

- **Am 4. April intervenieren wir, weil das KSW Prämien- und Steuergelder für den Abstimmungskampf missbrauchte.** Bereits eine Woche vorher wurde bekannt, dass das KSW dem Pro-Komitee «logistische Unterstützung» beim Sammeln von Spenden leistete und sich damit aktiv in den Abstimmungskampf einmischte. Am 4. April hatten zahlreiche Winterthurerinnen und Winterthurer dann die nächste böse Überraschung im Briefkasten: auf der kompletten Rückseite einer Broschüre machten Spitalrat und Spitalleitung Propaganda für den Verkauf des Kantonsspitals. Öffentliche Gelder einzusetzen, um für eine Privatisierungs-Vorlage zu werben, ist ein klarer Missbrauch von



Das Abstimmungsplakat gegen die Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur KSW und der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland ipw.



Steuergeldern. Die VPOD-Mitglieder von Andreas Daurù (SP, Winterthur), Kathy Steiner (Grüne, Zürich), Markus Bischoff (AL, Zürich) reichten eine entsprechende **Anfrage im Kantonsrat** ein.

- Der **1. Mai, Tag der Arbeit**, stand dieses Jahr ganz im Zeichen der Abstimmung (siehe oben 1.3).
- Mit einem Flyer und vielen Verteilaktionen, einem Argumentarium, Plakaten, einer speziellen Web- und Facebook-Seite, vielen Medienberichten sowie Veranstaltungen im ganzen Kanton gelang es uns, zu überzeugen.
- **Der Ausgang der Abstimmungen am 21. Mai war eine klare Absage an Privatisierungen im Gesundheitswesen.** In der gemeinsamen Medienmitteilung des Abstimmungskomitees hielten wir fest: «Privatisierungen im Gesundheitswesen sind vom Tisch». „Die Zürcherinnen und Zürcher liessen sich von den Privatisierungs-Turbos um Regierungsrat Heiniger nicht täuschen“, hielt SP-Kantonsrat Andreas Daurù fest. Und weiter: «Die Zürcher Gesundheitspolitik muss sich wieder auf ihre Kernaufgabe fokussieren: die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen und diese für alle bezahlbar zu machen“, so Markus Bischoff, AL-Kantonsrat und Präsident des Gewerkschaftsbunds des Kantons Zürich GBKZ. Das NEIN der Bevölkerung ist auch ein NEIN zu Sparmassnahmen auf Kosten des Personals und der PatientInnen. «Gute Pflege braucht genug Personal, das gut ausgebildet und anständig bezahlt wird. Hier muss der Kanton nun aktiv werden», machte VPOD-Regionalsekretär Roland Brunner klar: die fünfte Ferienwoche sowie die Anpassung der seit Jahren festgefrorenen Löhne an die Entwicklung in der Privatwirtschaft sind längst überfällig.

Insgesamt hat das starke finanzielle und personelle Engagement der VPOD Sektion Zürich Kanton in dieser Kampagne das Profil des VPOD geschärft und unsere Position in der Öffentlichkeit und der Politik deutlich gestärkt. Der VPOD ist heute – wie in der Schwerpunktplanung 2017 vorgesehen – positioniert und profiliert als DER Verband, der sich für das Gesundheitspersonal und gegen Privatisierungen engagiert.

### c) Akutspitäler

Die Betriebsgruppe USZ des VPOD (VPOD@USZ) traf sich regelmässig, um Anliegen und Aktivitäten zu besprechen. Auch der Aushang des VPOD ist am USZ regelmässig sichergestellt. Auch auf institutioneller Ebene wurde der Dialog mit dem USZ weitergeführt. Ziel ist weiterhin der Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrages GAV oder zumindest einer sozialpartnerschaftlichen Vereinbarung, die über das Personalgesetz hinausgeht (Personalgesetz Plus).

### d) Psychiatrie

Neben dem erfolgreichen Abstimmungskampf gegen die Privatisierung der ipw stand auch die Ausgliederung der PUK an. Damit verbunden war die Pflicht, auf den 1.1.2018 auch das Arbeitsgesetz einzuhalten. Dazu fand ein erstes Treffen mit der PUK-Leitung statt, um die Probleme bei der Umstellung zu diskutieren. Der VPOD brachte hier Fragen und Forderungen der PUK-Belegschaft ein.

### e) vpod forum gesundheit

Zur Diskussion aktueller gesundheitspolitischer Entwicklungen dient das **vpod forum gesundheit**, in dem sich auch 2017 sechsmal jährlich VPOD-Mitglieder aus den Bereichen Akutspital, Langzeitpflege, Spitex und Psychiatrie getroffen haben. Das vpod forum gesundheit steht auch engagierten Nicht-Mitgliedern offen. Einberufen und geführt wird es von unserem Sekretär Roland Brunner.



## 1.6. UNIVERSITÄT ZÜRICH UZH

Die VPOD-Gruppe an der Universität Zürich (UZH) trifft sich regelmässig und bringt sich engagiert in die Diskussionen an der UZH ein. Dies geschieht über Personaldelegierte in universitären Kommissionen (z.B. in der Personalkommission und im Senat), aber auch in Form von Veranstaltungen etwa zur BVK, die regelmässig in Zusammenarbeit mit anderen Personalorganisationen durchgeführt werden, durch die Präsenz an den Einführungstagen für neue Mitarbeitende der Universität und durch Unterschriftensammlungen und Umfragen zu brennenden Themen (2017: Weiterarbeit nach 65, Lohnzufriedenheit). Ausserdem beteiligt sich die Gruppe an Vernehmlassungsverfahren insbesondere zu personalpolitischen Fragen und führt direkte Gespräche mit der Universitätsleitung. Die Gruppe unterhält eine eigene Webseite ([www.vpod.uzh.ch](http://www.vpod.uzh.ch)), auf der regelmässig Stellungnahmen, Veranstaltungen usw. aufgeschaltet werden. Auch der Jahresbericht der VPOD-Gruppe UZH ist dort veröffentlicht und kann eingesehen werden.

## 1.7. OPERNHAUS ZÜRICH OHZ

Die bisherige VPOD-Gruppe im Opernhaus Zürich (OHZ) war auch 2017 stabil und sehr aktiv. Mit Flavia Lorant als Gruppenpräsidentin ist sie im Sektionsvorstand vertreten. Der Geschäftsbericht der VPOD-Gruppe OHZ liegt vor und kann eingesehen werden.

2016 nahm auch die Unia-Gruppe am OHZ mit dem VPOD Kontakt auf, um einen Übertritt zum VPOD zu diskutieren. In zwei Urabstimmungen belegten die Mitglieder dieser Gruppe ihren Willen zum Wechsel. Die Direktion des Opernhauses nahm ihren Wunsch entgegen und zeigte sich offen. Sekretär Roland Brunner begleitete diesen Prozess intensiv, um die Fragen der Unia-Mitglieder zu beantworten. Im September 2017 konnte eine Übertrittsvereinbarung unterzeichnet werden und per 1.1.2018 wechselten die 120 OHZ-Angestellten in die neue VPOD-Gruppe OHZ-Technik. Die bisherige VPOD-Gruppe OHZ heisst neu VPOD-Gruppe OHZ-Administration/Vorstände.



## 1.8. BIBLIOTHEKEN / MEDIOTHEKEN

Der VPOD begleitete die von (Teil-)Kündigungen betroffenen MediothekarInnen, indem wir ihre Interessen bei der Ausarbeitung eines Sozialplanes einbrachten und wahrgenommen haben.

## 1.9. PENSIONIERTE

Die Öffnung der Pensioniertengruppen der VPOD Sektion Stadt & Institutionen für Pensionierte anderer Sektionen wurde aktiv wahrgenommen. Es beteiligen sich regelmässig Pensionierte unserer Sektion an diesen Aktivitäten und eine kleine Kerngruppe engagiert sich auch in der Planung und Vorbereitung.

## **2. ORGANISATION**

---

### **2.1. MITGLIEDERENTWICKLUNG**

Die Mitgliederzahlen der VPOD-Sektion Zürich Kanton waren per 31.12.2017 leicht rückläufig, dies aber vor allem, weil die Übertritte am Opernhaus erst per 1.1.2018 statutarisch erfolgten. Per Anfang 2018 kann die Sektion gegenüber dem Vorjahr wieder ein schönes Wachstum ausweisen.

Auch dieses Jahr fanden wieder ein JubilarInnen-Anlass und ein Begrüssungstreffen für Neumitglieder statt. Beide Anlässe waren gut besucht und wurden von den Teilnehmenden sehr geschätzt.

### **2.2. GREMIEN UND POLITIK**

Die Gremien der Sektion konnten im Vereinsjahr regulär bestellt werden und haben sich regelmässig getroffen. Die Sitzungen wurden jeweils mit Einladung/Traktandenliste eingeladen und protokolliert. Auch in den regionalen und nationalen Gremien ist die VPOD Sektion Zürich Kanton gut und engagiert vertreten. Über den Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich GBKZ stellt der VPOD seit Ende 2014 auch mehrere Arbeitsrichterinnen und –richter als Beisitz in den Bezirksgerichten. Die Zusammenarbeit mit politischen Akteuren im Kanton Zürich, vor allem mit der SP Kanton, aber auch den Grünen und der Alternativen Liste AL, konnte im Rahmen der Abstimmungskampagne gegen die Privatisierung von KSW und ipw weiter gefestigt werden.

### **2.3. KOMMUNIKATION UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**

Die VPOD Sektion Zürich Kanton betreibt eine kontinuierliche Medienarbeit und wurde entsprechend häufig in den Medien erwähnt. Für die interne Kommunikation dienen vor allem die VPOD-Informationen, wo unser Sekretär Roland Brunner in der Co-Redaktion verantwortlich ist. Zudem wurden vor allem im Rahmen der Lohnumfrage Newsletter an Mitglieder und Interessierte verschickt.

### **2.4. BERATUNG**

Zahlreiche Mitglieder suchten auch im Jahr 2017 individuelle Beratung und Unterstützung bei ihrer Gewerkschaft. Das Spektrum der Beratungsanfragen war wie immer vielfältig. Es ging in den wenigsten Fällen lediglich um Rechte und Pflichten am Arbeitsplatz, sondern häufig auch um Konfliktsituationen, Auflösung des Arbeitsverhältnisses unter schwierigen Bedingungen, langdauernde Krankheiten und Invalidisierungen. Auffallend war die Zunahme der Auseinandersetzungen mit Sozialversicherungen, die ihrer Leistungspflicht nicht nachkommen wollten, diese bestritten oder an eine andere Versicherung abschieben wollten. Vor allem bei Pensionskassen, Krankentaggeldversicherungen und Arbeitslosenkassen mussten wir im Berichtsjahr immer wieder vorstellig werden. Eine Zunahme beobachteten wir auch bei Klagen über kurzfristige Änderungen bei der Arbeitsplanung und der verstärkten Forderung nach Flexibilität bei den Arbeitseinsätzen – insbesondere auch bei Teilzeitangestellten, die neben familiäre Verpflichtungen wahrnehmen.

Die Beratungen erfolgten telefonisch, per E-Mail oder an persönlichen Besprechungen. Häufig begleiteten wir Mitglieder auch in schwierige Besprechungen mit ihren Vorgesetzten oder intervenierten telefonisch oder schriftlich bei ihren Arbeitgebern.

### **2.5. FINANZEN**

Die Rechnung 2017 der VPOD Sektion Zürich Kanton schliesst erfreulich positiv ab. Die Sektion konnte einen grossen Teil der Kosten für die Abstimmungskampagne gegen die Privatisierung von KSW und ipw über die laufende Rechnung finanzieren und musste die Rückstellungen in geringerem Masse antasten als geplant.



**Mitglied werden**  
Wer, wenn nicht du? Kämpfe gemeinsam mit uns für gute Löhne, eine menschliche Arbeitswelt und eine gerechte...  
» weitere Infos

**Women's March 18. März**

**Achtung. Fertig. Frauen los!**

**Werde Mitglied beim VPOD**